

## **Gegen Geschichtsfälschung und Revanchismus**

Die GRH unterstützt die Erklärung des X. Nationalkongresses des Klubs der tschechischen Grenzgebiete (KCP) vom 01. 07. 2018.

Die Feststellungen der Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland in einer Rede am 20. 06. 2018, für die "Vertreibung" der Deutschen nach dem Ende des II. Weltkrieges aus der CSR habe "weder moralisches noch politisches Recht existiert", ist eine ungeheuerliche Geschichtsfälschung und stellt historische Tatsachen auf den Kopf. Tatsächlich war die Aussiedlung der sogenannten Sudetendeutschen, die mehrheitlich die Politik des deutschen Faschismus unterstützten, völkerrechtlich legitimiert. Die Umsetzung des Völkerrechts, insbesondere des Potsdamer Abkommens, erfolgte durch Verfassungsakte der CSR.

Seit Jahrzehnten betreiben Landsmannschaften in der BRD, toleriert von den jeweiligen Regierungen, eine Politik des Revanchismus, indem sie die Nachkriegsordnung in Frage stellen bzw. sogar rückgängig machen wollen. Auch die nächsten Generationen, die Nachkommen, haben im vereinten Deutschland diese Aktivitäten und Absichten nicht verändert. Unter dem Anschein der Versöhnung fordern sie die Aufhebung der Verfassungsdekrete des damaligen Präsidenten der CSR Dr. Edward Beneš.

Die GRH steht fest an der Seite ihrer tschechischen Freunde. Sie verurteilt jegliche Versuche, die völkerrechtlichen Abkommen und die auf ihrer Grundlage geschaffenen Tatsachen zu revidieren.

Vorstand der GRH,

Berlin, am 07. 08. 2018